

/// Steigende Flüchtlingszahlen, überforderte Nachbarstaaten

## WAS KÖNNEN DIE EU UND DEUTSCHLAND TUN?

**STEFFEN ANGENENDT** /// Weltweit nimmt die Zahl der Flüchtlinge zu, auch in der EU und Deutschland. Viele Flüchtlinge werden lange oder gar dauerhaft bleiben, und die Kommunen brauchen dringend Unterstützung bei der Aufnahme und Integration. Eine kohärente Flüchtlingspolitik muss sich aber auch mit internationalen Aspekten befassen. Sie muss u. a. mit entwicklungspolitischen Mitteln verhindern, dass diese Nachbarstaaten der Krisengebiete überfordert werden, denn diese tragen derzeit die Hauptlast des Flüchtlingsschutzes.

Ende 2013 befanden sich nach Schätzungen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) weltweit 51,3 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Gewalt oder Menschenrechtsverletzungen. Darunter waren 16,7 Millionen Flüchtlinge im engeren Sinn, die Schutz in anderen Ländern gesucht haben, und 33,3 Millionen Binnenvertriebene – insgesamt die größte Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen seit der Nachkriegszeit.<sup>1</sup>

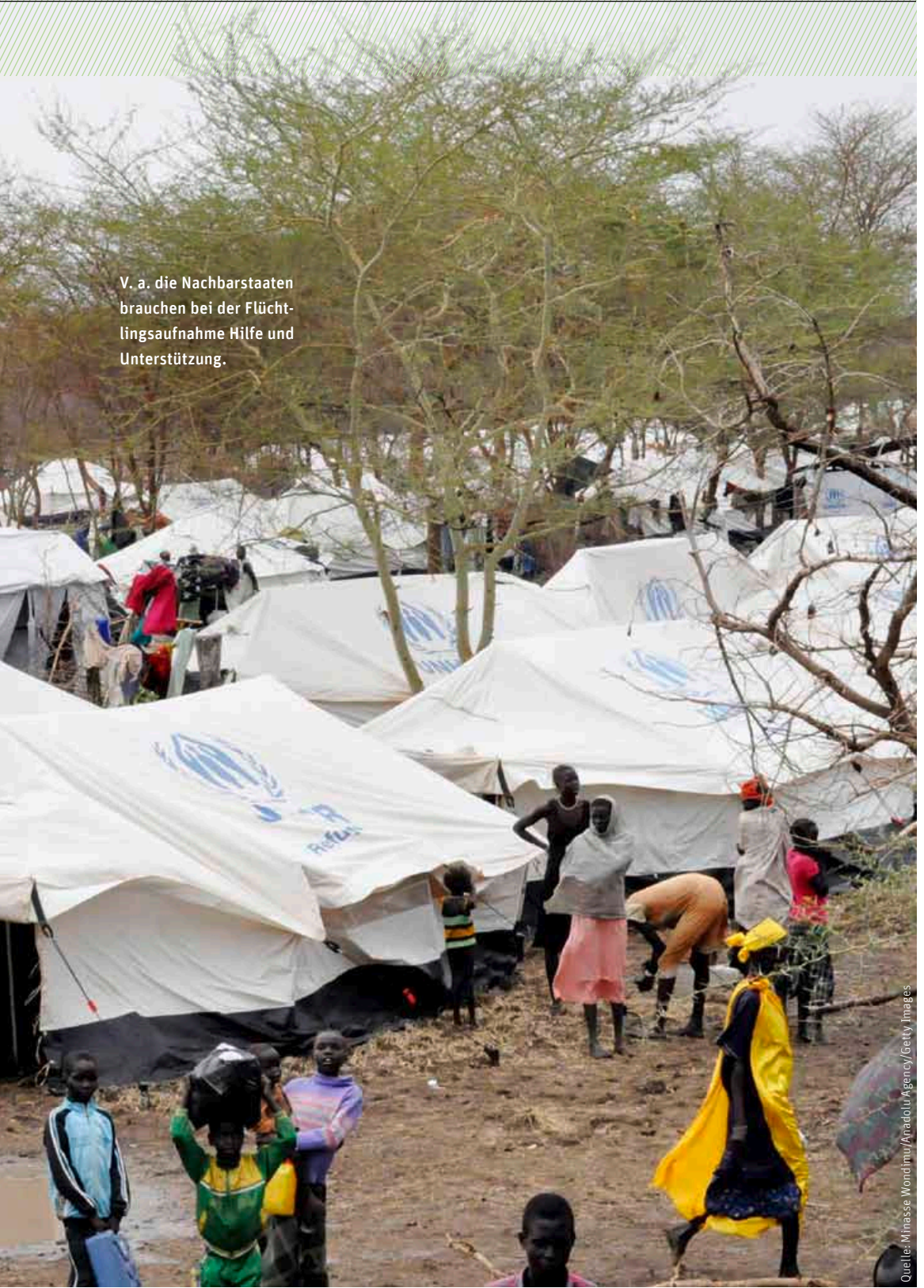
Bedenklich ist vor allem die jüngste Zunahme der Fluchtbewegungen. Die aktuellen Krisen in Syrien, im Irak, in der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, in Mali und im Sudan sowie in vielen anderen Weltgebieten haben die Zahl der Flüchtlinge insbesondere in deren Nachbarländern in die Höhe getrieben. Eine

zunehmende Zahl von Flüchtlingen kommt zwar auch nach Europa und Deutschland,<sup>2</sup> nach wie vor aber bleiben die meisten Flüchtlinge in ihrer Heimatregion. Dies wird an der großen Zahl von Binnenvertriebenen und den hohen Flüchtlingszahlen in den Nachbarstaaten sichtbar.

**Die Zahl der weltweiten Flüchtlinge sowie der Binnenvertriebenen ist STEIGEND.**

In der deutschen und europäischen, immer noch stark innenpolitisch dominierten Flüchtlingsdebatte wird oft übersehen, wie groß der humanitäre Beitrag gerade der Nachbarländer zum Schutz der Flüchtlinge ist und welche

V. a. die Nachbarstaaten  
brauchen bei der Flücht-  
lingsaufnahme Hilfe und  
Unterstützung.



Risiken für sie damit verbunden sind. Eine umfassende, kohärente und wirksame Flüchtlingspolitik muss diese Länder stärker unterstützen, und auch die EU und Deutschland müssen ihre Hilfe verstärken, wenn sie verhindern wollen, dass die Nachbarstaaten durch die Flüchtlingsaufnahme überfordert oder gar destabilisiert werden.

### Risiken für aufnehmende Entwicklungsländer

Die Risiken der Flüchtlingsaufnahme für die Nachbarstaaten werden deutlich, wenn man einen erweiterten Sicherheitsbegriff verwendet, der neben der inneren und äußeren Sicherheit auch Aspekte der regionalen und menschlichen Sicherheit einbezieht. Dabei ist zu beachten, dass mit der Flüchtlingsaufnahme nicht nur Risiken verbunden sind. In der Forschung zu Fluchtbewegungen wird seit einiger Zeit darüber diskutiert, inwieweit die Flüchtlingsaufnahme den betreffenden Ländern auch Entwicklungschancen bietet.<sup>3</sup> Solche Wirkungen – etwa in Hinblick auf Arbeitskräfte, Humankapital oder Investitionen – können sicherlich eintreten. Im Folgenden stehen aber die Risiken der Flüchtlingsaufnahme im Mittelpunkt, denn für die besonders armen Aufnahmestaaten bergen gerade langandauernde Flüchtlingskrisen beträchtliche Herausforderungen.<sup>4</sup>

So kann erstens eine größere Flüchtlingsaufnahme die innere Sicherheit dieser Staaten beeinträchtigen. In vielen Aufnahmeländern werden im Zusammenhang mit Fluchtbewegungen wachsende Kriminalität, Ausbeutung und Menschenhandel beklagt.<sup>5</sup> So führten in Ghana Beschwerden der einheimischen Bevölkerung über zunehmende Kriminalität und Prostitution dazu, dass die Re-

gierung liberianische Flüchtlinge auswies. Einige Aufnahmeländer befürchten zudem, dass die Aufnahme von Flüchtlingen politischen Extremismus fördern könnte. Tatsächlich gibt es Beispiele aus Pakistan und dem Sahel, dass sich militante Gruppen als Helfer für Menschen in Fluchtsituationen engagieren, um diese für ihre Ziele zu mobilisieren.<sup>6</sup>

Zweitens kann unter bestimmten Umständen auch die äußere Sicherheit von Herkunfts-, Transit- und Aufnahmestaaten durch Fluchtbewegungen gefährdet werden.<sup>7</sup> Direkte Sicherheitsrisiken sind zwar nur im Fall von krisenhaften Massenfluchtbewegungen vorstellbar wie im Gebiet der Großen Seen in Ostafrika in den 1990er-Jahren. Indirekte Risiken können aber darin bestehen, dass Fluchtbewegungen die oft ohnehin angespannten Beziehungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmestaaten weiter belasten und krisenhaft zuspitzen,<sup>8</sup> etwa wenn sich ein Aufnahmeland in die inneren Belange des Herkunftslandes einmischt, um weitere Flüchtlingszuwanderungen zu verhindern.

Drittens können insbesondere lang andauernde Flüchtlingssituationen („Protracted Refugee Situations“) ein Risiko für regionale Sicherheit darstellen. Nationale Konfliktdynamiken können sich über Flüchtlingsbewegungen auf Nachbarländer oder die gesamte Region ausdehnen.<sup>9</sup> Gerade in Ostafrika haben die jahrzehntelang ungelösten Flüchtlingsprobleme und die große Zahl von Flüchtlingen, die ihr Leben teilweise oder ganz in Flüchtlingslagern verbracht haben, zur Eskalation der innenpolitischen Auseinandersetzungen beigetragen. Ähnliche Risiken bergen die langen Flüchtlingskrisen in Zentralamerika (Honduras, Guatemala) und ihre Folgen

für Mexiko als Transitland in die USA oder ganz offensichtlich auch die unge löste palästinensische Flüchtlingsproblematik. Außerdem stellt die Militarisierung von Flüchtlingslagern ein besonderes Risiko dar.<sup>10</sup>

Viertens können größere Fluchtbe wegungen gerade für die ärmsten Auf nahmestaaten ein Risiko darstellen, wenn dort Flüchtlinge mit der einheimischen Bevölkerung um besonders knap pe Ressourcen und Infrastrukturen konkurrieren. Eine anfängliche Hilfsbe reitschaft der einheimischen Bevölke rung kann in Ablehnung umschlagen, und es gibt Beispiele, dass aus solchen Konkurrenzsituationen Konflikte ent stehen.<sup>11</sup> Dies droht vor allem im Zu sammenhang mit komplexen humanitä ren Katastrophen, in denen gewaltsame Auseinandersetzungen, wirtschaftliche Not, Überbevölkerung und Umweltka tastrophen zusammenfallen. Hinzu kann eine – von der einheimischen Be

**Lang andauernde Flüchtlings situationen können innenpolitische Konflikte im **AUFNAHME**LAND verschärfen und eskalieren lassen.**

völkerung empfundene – Bedrohung der kulturellen oder nationalen Identität sowie der gesellschaftlichen Kohäsion kommen. Flüchtlingsfeindliche Aus schreitungen können die Folge sein,<sup>12</sup> insbesondere wenn die Zuwanderung bereits latent vorhandene ethnische oder religiöse Konflikte verstärkt<sup>13</sup>.

All diese Risiken können, müssen aber nicht eintreten. Das gleiche gilt für Sekundärwanderungen in weiter ent fernte Länder. Auch zu diesen kann, muss es aber nicht kommen. Entscheidend sind die politischen Rahmenbe dingungen, vor allem die internationale Unterstützung, die die Aufnahmelän der bei der Bewältigung der Flüchtlings zuwanderung erhalten. Besonders ge fordert ist in solchen Situationen die Entwicklungszusammenarbeit. Wel chen Beitrag kann sie realistischerweise leisten?

### **Entwicklungspolitische Unterstützung**

Die Entwicklungszusammenarbeit kann die Erstaufnahmeländer in dreifacher Hinsicht unterstützen. Sie kann einen Beitrag zur Prävention von Konflikten leisten, die Fluchtbe wegungen auslösen, sie kann die Länder bei der Aufnahme von Fluchtbe wegungen unterstützen, indem sie die dortigen Infrastrukturen stärkt und Mittel zur Aufnahme, Versor gung und zum Schutz der Flüchtlinge bereitstellt, und sie kann die freiwillige Rückkehr und die Reintegration von Flüchtlingen fördern. In all diesen Berei chen gibt es in der europäischen und deutschen Entwicklungszusammenar beit bereits wertvolle Erfahrungen.

Zur Prävention von Flüchtlingskri sen dienen letztlich alle EZ-Programme, die auf eine Stärkung der rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingun gen in den Partnerländern zielen. Rechts sicherheit und wirtschaftliche Entwick lung, insbesondere Beschäftigungsför derung, können zur Konfliktprävention beitragen, und die Stärkung zivilgesell schaftlicher Strukturen kann Fähigkei ten zur gewaltfreieren Konfliktbewälti gung unterstützen und Konfliktpotenzi

ale abbauen, bevor sie virulent werden und zu Gewalt und Flucht führen. In dem Maße, in dem sich die Bundesrepublik an Peacekeeping- und Post-Konflikt-Missionen der Vereinten Nationen beteiligt, sollten auch Maßnahmen im Bereich des Politikdialogs und der Reform des Sicherheitssektors (Polizei, Militär, usw.) in Betracht gezogen werden.

### **ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT im Natur- und Klimakatastrophenschutz kann Fluchtbewegungen verhindern.**

Zunehmend wichtiger werden Hilfen zur Stärkung gegenüber Natur- und Klimakatastrophen, etwa durch Katastrophenvorsorge. Während Naturkatastrophen zu sehr kurzfristigen und massenhaften, gleichwohl aber kleinräumigen und vornehmlich innerstaatlichen Fluchtbewegungen führen, wird der Klimawandel langfristige und dauerhafte Vertreibungen auslösen. Auch wenn es bislang kaum nachweisbare Fälle von Wanderungsbewegungen aufgrund klimatischer Veränderungen gibt, werden diese mittelfristig selbst dann zunehmen, falls die vereinbarten Klimaschutzziele erreicht werden. Auch dann noch wird der Klimawandel den Auswanderungsdruck gerade in den Ländern, die heute schon unter Wasserknappheit und Extremwetter leiden, erhöhen.<sup>14</sup> Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit mit Hilfen zur Anpassung an den Klimawandel (veränderte landwirtschaftliche Anbaumethoden, Bau- und Siedlungsformen) die Fähigkeit der Menschen, in den betreffenden Gebieten zu leben, stärken.

Die Unterstützung in akuten Flüchtlingskrisen ist der politisch am wenig-

sten umstrittene Hilfebereich. Die praktische Umsetzung fällt aber oft schwer, vor allem in Kriegs- und Bürgerkriegssituationen, wenn der Zugang zu den Flüchtlingen erschwert ist. Gleichwohl verfügen alle EU-Staaten hierzu über vergleichsweise große Etats, mit denen – vorzugsweise über internationale Hilfsorganisationen wie UNHCR und das Welternährungsprogramm (WFP) – die Grundversorgung der Flüchtlinge mit Wasser, Lebensmitteln, Unterkünften und Gesundheitsleistungen organisiert und eine Erfassung und Registrierung der Flüchtlinge unterstützt werden kann. Gerade in Hinblick auf den letzten Punkt könnten die EU-Staaten noch mehr Hilfe leisten.

Ein in allen EU-Staaten ungelöstes Problem ist allerdings die Frage, wie die unmittelbare Nothilfe nach Ausbruch der Flüchtlingskatastrophe mit längerfristiger Entwicklungshilfe verbunden werden kann. Gerade vor dem Hintergrund von nicht enden wollenden und langfristigen Flüchtlingskrisen („Protracted Refugee Situations“) wie in Somalia, Sudan / Darfour, Irak und Syrien ist diese Verbindung von entscheidender Bedeutung. Die Flüchtlinge, die oft jahre- und jahrzehntelang in solchen Situationen leben und oft faktisch Einwanderer sind, brauchen Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven. Besonders wichtig ist die Vermittlung von Bildung, vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass fast die Hälfte der weltweiten Flüchtlinge Kinder sind.

In manchen Ländern wie beispielsweise in Deutschland sind die politischen Zuständigkeiten für humanitäre Hilfe und längerfristige Entwicklungszusammenarbeit zudem in verschiedenen Ressorts angesiedelt, was die Abstimmung der Programme nicht erleichtert. Inzwi-

schen gibt es erste systematischere Überlegungen, wie die beiden Politikbereiche miteinander verbunden und die Fähigkeiten und Kenntnisse von Flüchtlingen für die Integration im Aufnahmeland genutzt werden könnten, aber der Bedarf an praktischen Hinweisen zur Umsetzung ist nach wie vor groß.<sup>15</sup>

Ein dritter wichtiger Bereich, in dem Entwicklungszusammenarbeit die Partnerländer unterstützen kann, ist die Rückkehr und Reintegration von Flüchtlingen. Es ist eine Grundlage des internationalen Flüchtlingsschutzes, dass Flüchtlinge und Vertriebene in ihre Heimatgebiete zurückkehren sollen und können, wenn die Gewalttätigkeiten im Herkunftsland beendet sind und ihnen keine Verfolgung und Gefahr mehr droht. In der Praxis fehlen vielen Erstaufnahmeländern aber die finanziellen und praktischen Möglichkeiten, die Flüchtlinge bei der Rückkehr zu unterstützen, und die Reintegration fällt vor allem in ehemalige Bürgerkriegsgebiete außerordentlich schwer. Oft fehlt es an Wissen über die Lage in den Heimatgebieten und an Ressourcen für die Rückwanderung, und vor Ort ist eine Wiederansiedlung unmöglich, weil die Infrastrukturen zerstört sind.

Hier kann die Entwicklungszusammenarbeit durch praktische Hilfen bei der Rückwanderung, bei der Schaffung

von Beschäftigungsperspektiven im Herkunftsland und beim Wiederaufbau der dazu benötigten Strukturen helfen. In vielen Fällen und vor allem, wenn der Vertreibung und Flucht ethnische und religiöse Konflikte vorausgingen, müssen solche Struktur- und Wiederaufbauhilfen durch friedensfördernde Maßnahmen unterstützt werden.

### Flüchtlings- und europapolitische Hilfe

Einen weiteren Beitrag zur Entlastung der Erstaufnahmeländer können die Industrieländer im Rahmen ihrer eigenen Flüchtlingspolitik leisten, insbesondere durch eine direkte Übernahme von Flüchtlingen aus den Erstaufnahmeländern. Hierzu gehört vor allem die dauerhafte Übernahme von Flüchtlingen („Resettlement“). Traditionell nehmen die klassischen Einwanderungsländer wie die Vereinigten Staaten und Kanada den größten Teil dieser Umsiedler auf. Aber auch viele europäische Staaten haben Erfahrungen mit solchen Programmen und verfügen auch über die notwendigen rechtlichen und praktischen Instrumente. Die Bundesrepublik hat u. a. bereits in den 1970er-Jahren Kontingentflüchtlinge aus Vietnam aufgenommen, deren Integration heute als gelungen bezeichnet werden kann. In den vergangenen Jahren hat Deutschland einer begrenzten Zahl solcher Kontingentflüchtlingen aus dem Irak und Syrien Zuflucht geboten.

Diese Maßnahmen werden in Deutschland und den meisten EU-Mitgliedstaaten kontrovers diskutiert, wie in der aktuellen Debatte über die Aufnahme von syrischen Flüchtlingen zu erkennen ist. Obwohl offensichtlich ist, dass die Nachbarstaaten Syriens erhebliche Probleme haben, die Flüchtlinge zu

**Humanitäre Hilfe und längerfristige Entwicklungszusammenarbeit müssen besser **VERZAHNT** und intensiviert werden.**

versorgen, haben bisher nur wenige EU-Staaten wie Schweden und Deutschland eine größere Aufnahme von Flüchtlingen zugesagt. Hier könnten und müssten die EU-Staaten noch mehr tun – aus wohlverstandener Eigeninteresse, vor allem aber, um die Flüchtlinge zu schützen und ihnen Alternativen zur lebensgefährlichen irregulären Zuwanderung in die EU zu bieten. Zudem können sie so vermeiden, dass die Flüchtlingsaufnahme die innere Sicherheit, den sozialen Frieden und die wirtschaftliche Entwicklung der betreffenden Aufnahmeländer gefährdet.

Die Erstaufnahmeländer werden auch entlastet, wenn die EU-Staaten und andere Länder mehr legale Möglichkeiten für Asylgesuche schaffen. Hier werden zurzeit viele Ansätze diskutiert, die es auf ihr Für und Wider zu prüfen gilt. So könnte zumindest punktuell und temporär ein Botschafts asyl eingerichtet werden, also die Möglichkeit, einen Asylantrag in den EU-Auslandsvertretungen einzureichen. Besonders gefährdeten Flüchtlingsgruppen könnten humanitäre Visa erteilt werden, es könnten gemeinsame EU-Asylentscheidungsstellen eingerichtet werden, und schließlich könnten die EU-Staaten größere Flüchtlinge im Rahmen von humanitären Kontingenten aufnehmen.

Ein wichtiger Schritt ist die Vervollständigung des „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS), was für 2015 vorgesehen ist. Die gemeinsamen Regelungen sollen Schutzsuchenden in allen EU-Staaten gleiche Asylverfahren und Aufnahme- und Lebensbedingungen bieten. Davon kann derzeit noch keine Rede sein. In der Praxis gibt es weder eine europäische Verantwortungsteilung bei der Aufnahme noch eine ver-

gleichbare Versorgung der Asylbewerber. In einigen Ländern, etwa in Griechenland, steht das Asylsystem aufgrund der starken Nachfrage faktisch vor dem Zusammenbruch. Zudem sind die Flüchtlinge in der EU höchst ungleich verteilt. Obschon die tatsächlichen Aufnahmezahlen ein differenzierteres Bild bieten, sehen sich vor allem Staaten an den EU-Außengrenzen durch das Dubliner Übereinkommen von 1990 benachteiligt, nach dem der Staat der Ersteinreise in die EU für das Asylverfahren zuständig ist und kommen in der Folge ihren Aufnahmeverpflichtungen nur ungenügend nach. Die neuerliche Krisensituation bei der Flüchtlingsverteilung innerhalb der EU zeigt, dass ein EU-Asylsystem auf Basis der Dublin-Regeln nicht funktionsfähig ist. Um die Fähigkeit der EU-Staaten zur Flüchtlingsaufnahme zu verbessern, muss so schnell wie möglich eine Debatte über

**Die EU-STAAATEN müssen ihr Aufnahmekontingent erhöhen.**

eine von allen Staaten als gerecht und angemessen akzeptierte Verantwortungsteilung geführt werden.<sup>16</sup>

Ein erster Schritt wäre die Einigung auf Kriterien, mit denen die Mitgliedstaaten faire Aufnahmequoten festlegen können. Hierzu könnten etwa die Einwohnerzahl, die Wirtschaftskraft und die Arbeitslosenrate herangezogen werden. In einem zweiten Schritt könnte entweder ein Verteilungsverfahren für die

Flüchtlinge vereinbart werden, oder aber – besser, weil weniger bürokratisch – ein finanzieller Ausgleichsmechanismus. Dies würde auch der Tatsache Rechnung tragen, dass Flüchtlinge vor allem in Ländern Schutz suchen, in denen sich bereits Menschen aus ihrem Heimatland aufhalten und wo sie Unterstützungsstrukturen finden. So ist Deutschland mit weitem Abstand das wichtigste EU-Aufnahmeland für Iraker, Afghanen und Syrer.

Funktionieren kann ein solcher finanzieller Ausgleich allerdings nur, wenn die europäischen Vorgaben für eine Angleichung der Standards für Asylverfahren umgesetzt werden. Denn nur so kann verhindert werden, dass sich die EU-Staaten bei den Aufnahme-standards „nach unten“ orientieren, um für Flüchtlinge weniger attraktiv zu sein. Die Debatte über ein neues Verteilungssystem muss daher genutzt werden, um weitere Anreize für Länder wie Bulgarien oder Griechenland zu setzen, ihr Asylsystem mit europäischer Unterstützung zu verbessern. Von zentraler Bedeutung ist zudem, dass die neuen Regeln verbindlich sind. Ein freiwilliges Verteilungssystem hätte angesichts der unterschiedlichen Interessen der EU-Staaten keine Aussicht auf Erfolg und würde die Fähigkeit und Bereitschaft der EU-Staaten, mehr Flüchtlinge aus den Erstaufnahmeländern zu übernehmen, auch nicht nachhaltig verbessern.

### Fazit

Die Flüchtlingsproblematik stellt alle EU-Staaten vor große Herausforderungen. Es ist nicht auszuschließen, dass in einigen Ländern mit immer noch schlechter Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-lage und zunehmender Angst vor der Einreise von Extremisten und terro-

ristischen Anschlägen der Ruf nach Abschottung lauter wird. Gleichwohl muss daran erinnert werden, dass alle EU-Staaten zusammen im Jahr 2013 immer noch weniger Flüchtlinge aufgenommen haben als Deutschland im Jahr 1992. Eine weitere Aufnahme von Flüchtlin-

### Mittels GEAS soll die Flüchtlingsaufnahme in der EU zukünftig effizienter, gleichmäßiger und gerechter erfolgen.

gen ist insbesondere dann zu bewältigen, wenn die EU-Staaten eine gemeinsame Flüchtlingspolitik verfolgen, sich auf eine faire Verantwortungsteilung verständigen, mehr für die Integration der Flüchtlinge tun und diese Politik und ihre Notwendigkeit den Bürgern auch vermitteln.

Bei den weiteren Bemühungen um eine kohärente deutsche und europäische Flüchtlingspolitik sollte auch beachtet werden, dass es sich bei den Zuwanderungen in die EU zunehmend um „gemischte“ Wanderungen von Flüchtlingen und Migranten handelt. Oft lassen sich die Wanderungsursachen nicht klar voneinander unterscheiden, es überschneiden sich politische, wirtschaftliche und andere Wanderungsgründe. Die Verbindung zwischen beiden Gruppen besteht darin, dass für beide keine ausreichenden Möglichkeiten für legale Einreisen bestehen und sie sich deshalb auf gefährliche irreguläre Zuwanderungswege einlassen. Bemühungen um eine Entlastung der Erstaufnahmeländer müssen daher primär an den fehlenden legalen Zuwanderungswegen in die EU ansetzen.

Schließlich ist zu bedenken, dass die EU-Staaten zwar bei der Gestaltung der

**Die EU-Staaten müssen sich auf eine gemeinsame und integrative FLÜCHTLINGSPOLITIK mit fairer Verantwortungsverteilung einigen.**

legalen Zuwanderungsmöglichkeiten durchaus Gestaltungsspielräume haben (humanitäre Visa, Botschaftsverfahren, exterritorialer Schutz, Resettlement), dass die Handlungsmöglichkeiten bei den Fluchtursachen jedoch begrenzt sind. So werden sich Zwangswanderungen aufgrund von Kriegen, Bürgerkriegen, Gewalt und Verfolgung letztlich nur durch außen-, sicherheitspolitische und ggfs. militärische Mittel verhindern lassen. Die Bereitschaft der internationalen Gemeinschaft zu friedensschaffenden Eingriffen war allerdings bisher – so jedenfalls u. a. die Erfahrungen aus den Jugoslawien-Kriegen – selbst dann begrenzt, wenn Konflikte in Nachbarregionen zu Massenfluchtbewegungen zu führen drohten. ///



**/// DR. STEFFEN ANGENENDT**

ist Senior Associate der Forschungsgruppe Globale Fragen, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin.

#### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Vgl. United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR): War's Human Costs. Global Trends 2013, Genf 2014, S. 5-6.
- <sup>2</sup> Dass der Umfang von Fluchtbewegungen zunimmt, zeigen auch die Asylbewerberzahlen in der EU und in Deutschland. In der EU hat die Zahl der Asylanträge (Erst- und Folgeanträge) in den vergangenen Jahren stetig zugenommen, von 226.000 Anträgen im Jahr 2008 auf 437.000 im Jahr 2013. Die jüngsten Statistiken deuten auf eine weitere starke Zunahme, gegenüber dem Vorjahr wahrscheinlich um 20-30 %. Diese Zunahme hat auch Auswirkungen auf Deutschland: Hier ist die Zahl der Asylbewerber in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, von 28.000 im Jahr 2008 auf 127.000 im Jahr 2013. Von Januar bis November 2014 haben 181.453 Menschen in Deutschland Asyl beantragt, darunter 155.427 als Erstanträge und 26.026 als Folgeanträge. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (115.576 Personen) war dies eine Erhöhung um 57 %. Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Nürnberg 2014 S. 4.
- <sup>3</sup> Vgl. Betts, Alexander: Development Assistance and Refugees. Towards a North-South Grand Bargain?, Refugee Studies Center, Oxford 2009; Christensen, Asger / Harild, Niels: Forced Displacement – The Development Challenge, The World Bank, Washington D.C. 2009; The Humanitarian Policy Group and Ministry of Foreign Affairs Denmark: Urban displacement and development: Moving the debate forward, Kopenhagen 7./8.2.2013; Hyndman, Jennifer: A Refugee Camp Conundrum: Geopolitics, Liberal Democracy, and Protracted Refugee Situations, in: Refuge 2/2013.
- <sup>4</sup> Vgl. Milner, James / Loescher, Gil: Protracted Refugee Situations and State and Regional Insecurity, in: Conflict, Security and Development 1/2004, S. 3-20; Dies.: Understanding the Challenge – Main Feature: Protracted Displacement, in: Forced Migration Review 33/2009; The World Bank, FAFO, PRIO, Refugee Studies Center: Guidelines for Assessing the Impacts and Costs of Forced Displacement, Washington D.C. 2012; The World Bank: Political Economy and Forced Displacement: Guidance and Lessons From nine Country Case Studies, Washington D.C. 2014.
- <sup>5</sup> Vgl. United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC): Transnational Trafficking and the Rule of Law in West Africa, Wien 2009.
- <sup>6</sup> Vgl. Puppenoks, Juris: Migration of Violence, Präsentation bei der 50. Jahrestagung der International Studies Association, New York, 15.-18.2.2009 (unveröffentl. Ms.).
- <sup>7</sup> Vgl. Weiner, Myron / Teitelbaum, Michael: Political Demography, Demographic Engineering, New York 2001, S. 146.
- <sup>8</sup> Vgl. Loescher, Gil: Beyond Charity, International Cooperation and the Global Refugee Crisis, Oxford 1993.
- <sup>9</sup> Salehyan, Idean / Gleditsch, Kristian: Refugees and the Spread of Civil War, in: International Organization 60/2006, S. 335-366.
- <sup>10</sup> Vgl. Loescher, Gil / Milner, James: Protracted Refugee Situations: Domestic and international secu-

rity implications, The International Institute for Strategic Studies, Adelphi Paper 375, New York 2005.

- <sup>11</sup> Vgl. Angenendt, Steffen / Asseburg, Muriel: Die irakische Flüchtlingskrise. Ein regionales Sicherheitsrisiko, in: Internationale Politik, Januar 2008, S. 52-57.
- <sup>12</sup> Vgl. Buzan, Barry: Societal Security, State Security and Internationalization, in: Identity, Migration and the New Security Agenda in Europe, hrsg. von Ole Waever et al., London 1993, S. 41-57; Coleman, Dave: Immigration and Ethnic Change in Low-Fertility Countries: A Third Demographic Transition, in: Population and Development Review 2006/3, S. 401-446.
- <sup>13</sup> Vgl. Horowitz, Donald: Ethnic Groups in Conflict, Berkeley 1985; Harff, Barbara / Gurr, Ted Robert: Ethnic Conflict in World Politics, Boulder, 2. Aufl., 2004; Akindès, Francis: Les racines de la crise militaro-politique en Côte d'Ivoire, Dakar 2004.
- <sup>14</sup> Vgl. Angenendt, Steffen / Dröge, Susanne: Bevölkerungsentwicklung, Klimawandel und Lebensstandards. Globale Trends und ihre Folgen für die Versorgung mit Wasser, Energie und Nahrung, in: Der „Nexus“ Wasser-Energie-Nahrung. Wie mit vernetzten Versorgungsrisiken umgehen?, hrsg. von Marianne Beisheim, SWP-Studie S 11, Mai 2013, S.19-26.
- <sup>15</sup> So haben z. B. die kolumbianische Regierung, UNHCR, das Internationale Rote Kreuz und das UN-Entwicklungsprogramm UNDP kürzlich das Netzwerk The Solutions Alliance gebildet, um Lösungen für Flüchtlinge und Binnenvertriebene in langandauernden Flüchtlingskrisen zu diskutieren.
- <sup>16</sup> Vgl. Angenendt, Steffen / Schneider, Jan / Engler, Marcus: Europäische Flüchtlingspolitik. Wege zu einer fairen Lastenteilung, SWP-aktuell 2013 A65 Berlin 2013.